

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 19.09. – 23.09.2011

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Der Papst in Deutschland

2. Euro-Rettungsschirm EFSF

3. Versorgungsgesetz: Stärkung niedergelassener Ärzte im ländlichen Raum

Papstbesuch im Bundestag

Auf Einladung des Bundestagspräsidenten besuchte Papst Benedikt XVI. in dieser Woche sein Heimatland Deutschland und hielt eine Rede vor dem Deutschen Bundestag. Die Sicherheitsvorkehrungen waren natürlich gigantisch und gipfelten am Donnerstag in einer Lautsprecherdurchsage, die Fenster geschlossen zu halten und nicht am Fenster zu winken, um die Scharfschützen nicht zu irritieren.

Da der Besuch des Papstes viele Menschen interessiert und auch kontroverse Diskussionen hervorrief, geben wir noch einmal unsere Positionen bekannt:

Ullrich Meßmer : „Der Respekt gebietet es, dem Papst zuzuhören. Sicherlich habe ich in vielen Punkten eine andere Meinung als das Oberhaupt der katholischen Kirche. Etwa zu Schwangerschaftsverhütung und -abbruch und zum Zölibat. Meine Teilnahme bedeutet also nicht, dass ich mit allem einverstanden bin, was er sagt. Eine demokratische Gesellschaft lebt aber davon, dass man sich gegenseitig zuhört – und das habe ich getan. Eine Erwartung hatte ich allerdings auch: Dass der Papst sehr klare Worte findet zu den vielen Missbrauchsfällen in seiner Kirche. An dieser Stelle muss sich wirklich etwas bewegen.“

Edgar Franke: „Ich habe selbstverständlich im Plenum des Deutschen Bundestages gesessen, als der Papst sprach. Für mich ist es ein Gebot des Respekts und der Höflichkeit gegenüber einem Staatsgast, der auf Einladung des Bundestages dort spricht. Im Übrigen darf nicht vergessen werden: Der Papst kam nicht nur als Religionsführer, Benedikt XVI kam auch als Staatsoberhaupt des Vatikans.“

Als Protestant und politischer Mensch bin ich nicht immer mit allem einverstanden was der Papst sagt und was die katholische Kirche vertritt. Aber Artikel 4 Abs. 1 unseres Grundgesetzes sagt: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Freiheit heißt Toleranz, verbunden mit staatlicher Neutralität gegenüber religiösen und weltanschaulichen Meinungen. Toleranz kann nur gelebt werden, wenn man sich mit religiösen, politischen, ggfs. auch konträren Meinungen auseinandersetzt. Das gilt auch und gerade gegenüber dem deutschen Papst. Es ist richtig, dass ein deutscher Papst vor dem Bundestag gesprochen hat. Man muss ihm zuhören und sich mit dem, was er uns zu sagen hatte, kritisch auseinandersetzen.“

Ulrike Gottschalck: *„Der Bundestagspräsident hat den Papst mit Zustimmung aller Fraktionen in den Bundestag eingeladen, diese Entscheidung akzeptiere ich. Ich habe mir die Rede von Benedikt XVI allerdings nicht persönlich im Plenum angehört. Mir scheint der Personen-Kult, verbunden mit hohen Kosten, doch reichlich übertrieben. Zudem stehe ich als evangelische Christin vielen Positionen des Papstes kritisch gegenüber. Insbesondere sind dies die Gleichstellung von Frauen, die überholten Positionen zum Zölibat und zur Empfängnisverhütung gerade im Hinblick auf HIV. Nach wie vor vermisse ich auch mehr Offenheit beim Aufarbeiten der Missbrauchsfälle. Ich habe meinen Kolleginnen und Kollegen, die die Rede mit verfolgt haben aber selbstverständlich viel Freude gewünscht ebenso wie den Gläubigen, die den Papst im Berliner Olympiastadion und weiteren Stationen in Deutschland gesehen haben.“*

Rede des Papstes im Deutschen Bundestag – wie ist sie bei uns angekommen?

Nachdem die Rede des Papstes im Deutschen Bundestag umstritten und sowohl unter uns Abgeordneten als auch in den Medien heftig diskutiert worden ist, wollen wir Euch einen ersten Eindruck dieser Rede nicht vorenthalten.

Ulrike Gottschalck hat im Büro gearbeitet und die Rede am Fernsehen verfolgt, Ullrich Messmer und Edgar Franke waren im Plenarsaal dabei.

Die Erwartungen, die wir an die Rede des Papstes hatten, sind leider enttäuscht worden. Wir hatten gehofft, der Papst macht Aussagen darüber, welche Bedeutung christliche Wertvorstellungen für die Gestaltung unserer Gesellschaft, letztlich unseres Gemeinwesens, haben. Statt dessen hat er eine eher rechtsphilosophische Vorlesung gehalten. Recht entscheidet aber nicht nur, was „Gut“ und was „Böse“ ist, wie der Papst es formuliert hat. Rechtsvorschriften sind vielmehr immer Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir glauben, es hätte passendere Orte als den Reichstag für eine Vorlesung über Rechtspositivismus gegeben.

Aus unserer Sicht hat der Papst eine große Chance vertan, die Bedeutung von humanitären, christlichen Wertvorstellungen für ein demokratisches und friedliches Miteinander in Deutschland und Europa hervorzuheben und gleichzeitig für einen intensiven und vor allem friedlichen Dialog zwischen den Religionen zu werben.

Euro-Rettungsschirm (EFSF)



Am nächsten Donnerstag müssen wir über die Erhöhung der Garantien für den temporären Euro-Rettungsschirm (EFSF) auf 780 Milliarden Euro entscheiden und damit den Rettungsschirm für Griechenland weiter aufspannen. Zusätzlich geht es um neue Befugnisse für den Schirm, damit der Fonds zukünftig Staatsanleihen von Krisenstaaten kaufen und Darlehen zur Rekapitalisierung von Banken vergeben kann.

Zugegeben, auch für uns Parlamentarier ist die Materie sehr komplex. Und sicher ist der EFSF auch kein Allheilmittel. Dennoch werden wir der Erweiterung des Rettungsschirms voraussichtlich zustimmen. Wir tun dies aus sachlichen Gründen und unter der Bedingung, dass dem Parlament mehr Mitspracherechte eingeräumt werden. Wir bekommen sehr viele Zuschriften von besorgten Bürgerinnen und Bürgern und verstehen nur zu gut, dass der Schlingerkurs von Merkel und FDP zu sehr viel Verunsicherung, auch in den eigenen Reihen geführt hat.

Wir Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung für Europa. Der gesamte Euro-Raum steht vor enormen finanziellen und sozialen Herausforderungen und die Lage ist sehr ernst. Als wichtigste Volkswirtschaft in Europa und große Exportnation können wir uns nicht von den akuten Problemen im Euroraum abkoppeln. Übrigens: viele Deutsche empfinden sich als Zahlmeister, vergessen dabei aber, dass es Deutschland auch einmal finanziell sehr schlecht ging und es international entschuldet werden musste. Am 27. Februar 1953 unterzeichneten zahlreiche Länder das „Londoner Schuldenabkommen“ – darunter auch Griechenland. Aber wir wollen und können nicht zurückblicken, jetzt geht es um den Erhalt und die Sicherung der Währungsunion. Sie sind zentrale Säulen für unseren Wohlstand und liegen daher im deutschen Interesse. Bricht die Kaufkraft in der Eurozone ein, trifft auch uns das hart.

Selbstverständlich tragen die gefährdeten Staaten eine große Eigenverantwortung und wir erwarten, dass sie ihre Haushalte konsolidieren und gegen Korruption und Steuerbetrug massiv vorgehen. Wir müssen diese Länder aber dabei unterstützen, sich aus den „Klauen“ der Spekulanten zu befreien. Dafür braucht es einen Schuldenschnitt. Der Privatsektor muss auf einen Teil seiner Forderungen verzichten. Es muss endlich eine Regulierung der Finanzmärkte geben. Kein Akteur, kein Produkt, kein Finanzplatz mehr ohne Aufsicht. Mit einer Transaktionssteuer können auch die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten beteiligt werden.

Wir brauchen eine gemeinsame und faire Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Es muss eine europäische Wachstumsinitiative angestoßen werden, damit muss auch der Jugendarbeitslosigkeit (Griechenland 50%, Spanien 45%) begegnet werden. Die Menschen brauchen „Licht am Ende des Horizonts“. Dies hilft auch, der sozialen Spaltung vorzubeugen. Die Proteste der Menschen in Griechenland, Spanien und England sind warnende Beispiele.

Wir werden Verantwortung übernehmen, aber es steht auch fest: sollte die Kanzlerin in dieser existentiellen Frage keine eigene Mehrheit bekommen, ist diese Regierung endgültig am Ende und es wird Neuwahlen geben müssen.

Ärztliche Versorgung: für Stärkung niedergelassener Ärzte im ländlichen Raum

Im Deutschen Bundestag wird zur Zeit über den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung beraten. Bei der Beratung des Gesetzes hat sich unser Gesundheitspolitiker Dr. Edgar Franke dafür eingesetzt, dass die Ärzte im ländlichen Raum gestärkt werden. Hintergrund ist, dass es keinen Ärztemangel gibt, sondern eine Überversorgung niedergelassener Ärzte in Ballungszentren, während zum Teil Ärzte im ländlichen Bereich bzw. in



Krankenhäusern fehlen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, die Überversorgung in Ballungsräumen abzubauen. Mit einer Umverteilung hat man die finanziellen Möglichkeiten, um Versorgungslücken zu schließen.

Es ist kein Sozialneid, wenn wir Sozialdemokraten darauf verweisen, dass der Durchschnittsverdienst der niedergelassenen Ärzte bundesweit in der Höhe von 165.000 Euro pro Jahr vor Steuern liegt (Quelle: Studie des GKV Spitzenverbandes). Denn im ländlichen Raum sind die Verdienstmöglichkeiten von Fachärzten und insbesondere von Hausärzten bei wesentlich größerer Belastung deutlich geringer. Daher muss es für Ärzte attraktiver werden, sich als Ärztin oder Arzt auf dem Land niederzulassen. Das heißt konkret: Wegfall der Einschränkungen, wenn der Arzt aufgrund der regionalen Bedingungen mehr Patienten behandelt oder mehr verschreibt. Ferner müssen Kassenärztliche Vereinigungen verpflichtet werden, freiwerdende Arztsitze in Ballungsräumen aufzukaufen, womit sich die Kassenärztliche Vereinigung vermutlich aber schwer tun wird. Außerdem sollten in überversorgten Regionen Honorarabschläge vereinbart werden, die zur Finanzierung von Honoraraufschlägen für niedergelassene Ärzte in unterversorgten, ländlichen Räumen dienen sollen.

Abschließend noch ein Wort zur geplanten Reform der Pflegeversicherung durch die Bundesregierung und die Koalition. Der neue Gesundheitsminister Daniel Bahr hatte versprochen, in dieser Woche einen Entwurf vorzulegen, wie die Pflegeversicherung reformiert werden soll. Was erleben wir statt dessen? Die Koalitionsfraktionen machen auch hier das, was sie am besten können! Sie streiten – und fast täglich wird ein neuer Vorschlag für eine Pflegereform produziert. Wir Sozialdemokraten dagegen haben bereits ein Konzept für eine Pflegereform vorgelegt. Wir sagen, Pflege geht alle an! Bereits heute sind mehr als 5 Millionen Bürger betroffen – Kranke und die sie pflegenden Menschen. Wir brauchen einen anderen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die menschlichen Bedürfnisse ganzheitlich betrachtet. Schließlich geht es nicht nur um „sauber halten“, sondern darum, dass man gerade auch bei Demenzkranken auf qualitative Betreuung setzt und den Erhalt der Würde des Menschen im Blick hat. **Wir müssen verhindern, dass das Lebensrisiko, pflegebedürftig zu werden, privatisiert wird. Die SPD setzt sich deshalb für einen solidarische und paritätisch umlagefinanzierte Pflegeversicherung ein.**

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia